

## Vorweg die Ukraine Berichte

Teile 18,17,16,15,14,13,12,11, 10, 9, 8, 7, 6, 5, 4, 3, 2 und 1.

nach dem Prinzip der Matrjoschka – Puppe in Puppe - (unter diesem Link):

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Ukraine-Berichtre-Teil-18.pdf>

(**Tipp:** Falls nötig, bei TAZ-Berichten auf den Butten „gerade nicht“ klicken.)

### Zur Info weitergeleitet

Mit solidarischen Grüßen

Antje und Dieter

[www.antjeundieter.de](http://www.antjeundieter.de)

<https://t1p.de/Autoren-Nach-Lesung>

<https://t1p.de/Politisches-Gedicht>

<https://t1p.de/Anti-AKW-Video>

## Hier nun weitere Berichte zur Ukraine als Teil 19:

.) **Fritz Storim** (ein Aktivist der ersten Stunde) **auf der Kundgebung zum Tschernobyl Tag in Brokdorf 2022:** <https://www.youtube.com/watch?v=iyMFx8VLPKk&t=11s>

.) **Nicht mit Krieg gerechnet? Mehr Soldaten verweigern den Dienst :**

<https://www1.wdr.de/nachrichten/bundeswehr-soldaten-nato-100.html> -

Die Bundeswehr steht vor großen Herausforderungen. Doch in letzter Zeit wollen vermehrt Soldaten aus dem Dienst entlassen werden. Das steckt dahinter.

.) **Ralf Stüwe leitet Rückbau am Kraftwerk Biblis :** [https://www.mannheimer-morgen.de/orte/biblis\\_artikel,-biblis-ralf-stuewe-leitet-rueckbau-am-kraftwerk-biblis- arid,1967905.html](https://www.mannheimer-morgen.de/orte/biblis_artikel,-biblis-ralf-stuewe-leitet-rueckbau-am-kraftwerk-biblis- arid,1967905.html) - Zum 1. Juli übernimmt Ralf Stüwe die Leitung der

Rückbauanlage am Kraftwerk Biblis von Matthias Röhrborn, der in den Vorruhestand geht. Stüwe sei bereits seit Monaten am Standort und leite aktuell die Bearbeitungsfabrik.

**.) Goldgräberstimmung in der Rüstungsindustrie 100-Milliarden-Paket für Bundeswehr sowie Aufrüstungspläne von Nato und EU wecken Begehrlichkeiten:**  
<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1164934.waffenhersteller-goldgraeberstimmung-in-der-ruestungsindustrie.html> - Gepard-Panzer des Konzerns Krauss-Maffei

Wegmann bei einer Übung in Munster - das Unternehmen entwickelt derzeit in einem Joint Venture mit der französischen Rüstungsfirma Nexter einen "Superpanzer", für den sich die Nato-Staaten interessieren.

So ein Unterseeboot ist eine komplizierte Sache. »Da finden 380 000 systemrelevante Teile zusammen, damit so ein U-Boot funktioniert«, begeisterte sich dieser Tage in einem Zeitungsinterview Oliver Burkhard, Chef der Kieler Rüstungssparte von Thyssen-Krupp. Zum Vergleich: Das Großraumflugzeug Airbus A380 besteht lediglich aus 35 000 Teilen. Thyssen-Krupp Marine Systems (TKMS) verspüren durch das Rüstungsprogramm der Bundesregierung noch mehr Rückenwind. Kaum war klar, dass ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr eingerichtet wird, [kaufte TKMS die MV Werft in Wismar](#). Dort könnten ab 2024 U-Boote gebaut werden.

Darauf baut auch Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD). Auf einem Empfang des Marine-Inspektors lobte sie jüngst, bei der Abwehr möglicher Aggressionen spiele die kleinste Teilstreitkraft der Bundeswehr eine entscheidende Rolle, denn sie agiere »schnell, flexibel und abstandsfähig«. Mit dem größten »Ertüchtigungspaket« in der Geschichte der Bundeswehr würden nun die »Fähigkeitslücken« dauerhaft geschlossen. Für die Flotte bedeute das die Beschaffung neuer U-Boote, Korvetten und Seefernaufklärer. Dafür stehen nun zusätzlich 8,8 Milliarden Euro bereit. Um die Flotte in Schuss zu halten, übernimmt der Bund nun auch die MV Werft in Warnemünde.

Ein weiterer Schwerpunkt des [Sondervermögens](#) liegt auf »Führungsfähigkeit« und Digitalisierung der Bundeswehr. Es geht um moderne Satelliten, leistungsfähige Rechenzentren und sichere Kommunikation. In diesen Komplex sollen 20,8 Milliarden Euro fließen. Davon dürften besonders die Militärsparten von Siemens und des deutsch-französischen Airbus-Konzerns profitieren, aber auch OHB. Das Bremer Raumfahrtunternehmen entwickelte Galileo-Navigationssatelliten und das Aufklärungssystem Sarah.

Mit 33,4 Milliarden Euro werden Beschaffungen für die Luftwaffe der größte Ausgabeposten der nächsten Jahre sein. Ein Großteil wird für den Kauf [atomwaffenfähiger F-35-Jets](#) in den Vereinigten Staaten verwendet. Mit dem »Rest« sollen elektronisch auferüstete Eurofighter erworben werden. Das Kampfflugzeug wird von Airbus und deutschen Mittelständlern wie Hensoldt und MTU entwickelt. Dieses Beispiel zeigt: Aufrüstung geht nicht von heute auf morgen. So wird laut Airbus »eine limitierte Anfangsbefähigung« auf Basis vorhandener Eurofighter für 2026 angestrebt, 2029 soll der nächste Schritt folgen. Wann die

»fliegende Plattform« für elektronische Kriegsführung einsatzfähig ist, steht, durchaus branchenüblich, in den Sternen. Auch die Auslieferung des Transportflugzeugs A400M und der Fregatte 125 hatte sich um Jahre verzögert. Neben technischen Gründen verhindern fehlende Produktionskapazitäten oft eine zackige Lieferung. So ist Marineschiffbauer TKMS bis weit in die 2030er Jahre ausgebucht, mit weltweiten Altaufträgen im Gesamtwert von rund 15 Milliarden Euro. Mit dem Kauf der Werft in Wismar erweitern sich die Kapazitäten. »Ab 2024 kann, was jetzt bestellt wird, in zehn Jahren ausgeliefert werden«, sagt TKMS-Chef Burkhard.

Der Verteidigungsbereich »Land« erhält laut Wirtschaftsplan 16,6 Milliarden Euro. Hier dürften Lieferungen schneller erfolgen. Branchenführer Rheinmetall ist »hervorragend auf die steigende Nachfrage vorbereitet«. Die Produktionsstätten in Deutschland könnten schnell vom Einschicht- auf einen Mehrschichtbetrieb umgestellt werden, sagte Chef Armin Papperger auf der Hauptversammlung. Weitere Fertigungsstätten in mehreren Ländern seien in Planung oder schon fertig. Rheinmetalls Produktpalette reicht von Schützenpanzern bis zum schlüsselfertigen Gefechtsübungszentrum. Bis zur Serienreife des [»Panther«](#) dürfte es indes noch dauern. Der Panzer erregte im Juni auf der weltgrößten Rüstungsmesse bei Paris Aufsehen. Einen neuen »Superpanzer« entwickelt auch Konkurrent Krauss-Maffei Wegmann zusammen mit Nexter aus Frankreich.

Die neue, von Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen zusammengestellte »ExitArms«-Datenbank erfasst 41 in Deutschland ansässige Waffenexporteure. Doch trotz des jüngsten Nachfragebooms bleibt die volkswirtschaftliche Relevanz der hiesigen Rüstungsindustrie überschaubar. Im Jahr 2020 erwirtschafteten laut Institut der deutschen Wirtschaft 55 000 Beschäftigte einen Umsatz von 11,2 Milliarden Euro – weniger als die Getränkehersteller und nur die Hälfte des Umsatzes der Glasindustrie. Die wirtschaftliche Bedeutung liegt eher in der Vorreiterrolle bei neuen Technologien.

#### **.) PIK STATEMENT zum heutigen Vorschlag der EU-Kommission zum Erhalt der Natur als Teil des "Green Deal" :**

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_22\\_3746](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_22_3746) -

Heute hat die Europäische Kommission ein Politikpaket zum Erhalt der Natur vorgeschlagen, als Teil des "Green Deal" und mit Relevanz für die Landwirtschaft.

Dazu Johan Rockström, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung:

"Die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse über die planetaren Grenzen bestätigen, dass wir uns mitten in einem planetaren Notstand befinden. Sowohl die Freisetzung chemischer Verbindungen mit begrenzten oder gar keinen Sicherheitsstandards als auch die übermäßige Nutzung der Bodenfeuchtigkeit (des

so genannten grünen Wassers), die das gesamte Biomassewachstum und damit die Nahrung, die biologische Vielfalt und die Kohlenstoffsinken in der Natur bestimmt, gefährden unsere Lebensgrundlagen. Dies bestätigt, dass wir uns weiterhin auf einem sehr riskanten Weg befinden und alle planetaren Grenzen, die die Stabilität und Widerstandsfähigkeit unseres Planeten ausmachen, von 'Grün' nach 'Rot' verschieben. Durch die Earth Commission, ein Zusammenschluss internationaler Forscher, werden wir bald die erste globale wissenschaftliche Bewertung vorlegen, die aufzeigen wird, dass für die Integrität der Natur - um die Fähigkeit der Natur zu sichern, die Lebensbedingungen für die Menschen zu erhalten - mindestens 20 % jedes Quadratkilometers Landfläche gesunde biologische Vielfalt und ökologische Funktionen aufweisen müssen. Diese wissenschaftliche Abschätzung geht also in dieselbe Richtung wie das jetzt von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Gesetz zur Wiederherstellung der Natur, das darauf abzielt, dass bis 2030 20 % aller Land- und Meeresflächen der EU unter Maßnahmen zur Wiederherstellung der Natur fallen. Nichts Geringeres ist erforderlich. Dringend."

### **.) Konjunkturpolitik: Hungerkanzler als Brandbeschleuniger:**

<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1164954.konjunkturpolitik-hungerkanzler-als-brandbeschleuniger.html> - Eine neue Studie zeigt, welche fatalen Folgen die Sparpolitik bereits in der Weimarer Republik hatte. Angesichts der horrenden Inflation und der wieder steigenden Zinsen werden Stimmen laut, die vor einer neuen Eurokrise warnen. In der letzten Krise dieser Art trat Deutschland als Zuchtmeister für die südeuropäischen Krisenländer auf. Vielen werden noch die Boulevardschlagzeilen von den »faulen Griechen« und die strengen Worte von Politiker\*innen wie dem damaligen Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) in Erinnerung sein.

Auch jetzt, am Vorabend einer möglichen neuen Eurokrise, wehrt man sich in Berlin gegen Erleichterung für klamme EU-Staaten. Als die EU-Kommission im Mai vorschlug, die gemeinsamen Schuldenregeln um ein weiteres Jahr auszusetzen, damit die Staaten mehr Spielraum hätten, um auf die ökonomischen Verwerfungen in Folge des Krieges in der Ukraine zu reagieren, kamen sofort Widerworte von [Bundesfinanzminister Christian Lindner](#): »Man kann abhängig werden von Staatsverschuldung, und wir müssen die Sucht nach immer mehr Verschuldung beenden, so schnell wie möglich.« Wer die Inflation bekämpfen wolle, reduziere jetzt das Defizit in den öffentlichen Haushalten, forderte der FDP-Politiker seine Amtskolleg\*innen zum Sparen auf.

Dabei müsste man hierzulande gut genug wissen, welche fatalen Folgen rigoroses Sparen haben kann. Bereits vor fast 100 Jahren verschärfte der »Hungerkanzler« Heinrich Brüning die Krise am Ende der Weimarer Republik massiv. Forscher\*innen

des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin konnten nun erstmals die ökonomischen Folgen seiner Sparpolitik quantifizieren.

»Dass Sparpolitik in hochverschuldeten Staaten kontraproduktiv ist, haben schon Studien zur Euroschuldenkrise belegen können. Nun können wir auch zeigen, dass dies schon zu Beginn der 1930er Jahre die Wirtschaft geschwächt hat«, fasst Studienautorin Stephanie Ettmeier die Ergebnisse der DIW-Berechnungen zusammen. »Staaten können sich nicht einfach aus Rezessionen herausparen.« Brüning war Politiker der katholischen und konservativen Zentrumspartei und von 1930 bis 1932 in der Weimarer Republik Reichskanzler. Bereits seit dem Jahr 1928 hatte sich die ökonomische Situation in Deutschland verschlechtert. Hinzu kamen die Auswirkungen des New Yorker Börsencrashes von 1929, der eine der größten Weltwirtschaftskrisen in der Geschichte des Kapitalismus nach sich zog. Während die USA unter Präsident Franklin D. Roosevelt darauf mit dem New Deal und massiven Investitionen antworteten, ging Brüning den entgegengesetzten Weg. Er wollte Schulden reduzieren und kürzte bei den Staatshaushalten.

Da er für seine Maßnahmen keine Mehrheit im Parlament hatte, setzte er auf Notverordnungen und regierte unter Billigung des Präsidenten Paul von Hindenburg am Parlament vorbei. Zwischen Sommer 1930 und Dezember 1931 erließ er fünf Notverordnungen, die die Staatsausgaben um 20 Prozent schrumpfen ließen. Sie umfassten vor allem Krisensteuern, Renten- und Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst sowie bei Sozialleistungen.

Die Analyse zeige, dass Brünings Konsolidierungsmaßnahmen keine stabilisierende Wirkung hatten, sondern zu einem Einbruch der Wirtschaftsleistung um zusätzliche 4,5 Prozent führten, heißt es in der DIW-Studie. Setze man diesen Verlust an Wirtschaftskraft ins Verhältnis zu den von Deutschland im Jahr 1930 geleisteten und als wirtschaftliche Belastung empfundenen Reparationszahlungen, beliefen sich die wirtschaftlichen Verluste aufgrund von Brünings Notverordnungen gar auf 239 Prozent. Hinzu kommt, dass Brünings Haushaltspolitik die Arbeitslosigkeit »zunehmend in die Höhe« trieb, wie es die DIW-Forscher\*innen beschreiben. Allein für den Zeitraum zwischen Januar und Juni 1932 führten die Notverordnungen ihnen zufolge zu zusätzlichen 3,31 Millionen Arbeitslosen. »Das entspricht neun Prozent der durchschnittlichen monatlichen Erwerbsbevölkerung des Jahres 1932«, schreiben sie.

»Vor dem Hintergrund der Erkenntnis, dass Sparpolitik in der Regel mehr schadet als nutzt, sollte jetzt sorgfältig abgewogen werden, wie zielführend eine Austeritätspolitik wäre, um die aktuellen Schuldenstände in EU-Staaten abzubauen«, mahnt deshalb Studienautor Alexander Kriwoluzky. Denn Brünings Sparpolitik hatte auch politische Auswirkungen.

»Jahre extremer wirtschaftlicher Not führten dazu, dass sich die Menschen von den etablierten Regierungsparteien abwandten und nach politischen Bewegungen

suchten, die wirtschaftliche Alternativen versprochen«, heißt es in der Studie. »Es ist tragisch, dass die NSDAP diejenige Partei war, die am meisten profitieren konnte.« Unter diesen Umständen könne Brüning's Austeritätspolitik als »fataler Brandbeschleuniger« bezeichnet werden.

Bei den Reichstagswahlen im Mai 1928 war die NSDAP noch eine Kleinstpartei mit 2,8 Prozent gewesen, im September 1930 erhielten die Nationalsozialisten 18 Prozent der Stimmen, im Juli 1932, also zwei Monate nach Brüning's Rücktritt, waren es bereits 37 Prozent.

**.) Bis zum äußersten :** <https://www.jungewelt.de/artikel/429551.bis-zum-%C3%A4u%C3%9Fersten.html> - Am Mittwoch titelte die FAZ: »G7-Staaten finden keine weiteren Partner«.

Die nach Elmau eingeladenen Regierungsvertreter Indiens, Indonesiens, Südafrikas, Argentiniens und Senegals weigerten sich, den Sanktionen des Westens, die ihm selbst am meisten schaden, gegen Russland zu folgen.

Indonesien hält zudem als Gastgeber des G20-Treffens im November 2022 an der Einladung für Wladimir Putin fest. So sieht eine politische Klatsche aus. Diese macht klar, welche Verschiebungen sich im internationalen Kräfteverhältnis vollzogen haben. In ökonomischen Kennziffern: 2006 repräsentierten die G7 ungefähr zwei Drittel der Weltwirtschaftsleistung, 2022 rund 43 Prozent.

Die NATO-Staaten und ihre Verbündeten sind aber seit fast 75 Jahren gewohnt, unter Führung der USA straflos unbotmäßige Länder in Schutt und Asche zu legen oder sie wirtschaftlich zu erwürgen – angefangen von Korea 1950 bis Afghanistan 2021 und zum Diebstahl der Hälfte russischer Devisenreserven. Gebremst wurde der imperialistische Furor durch die Sowjetunion, seit 1991 war er entfesselt, die Bundesrepublik war und ist seit dem Anschluss der DDR stets bewaffnet da.

Nimmt die NATO die Veränderungen in der Welt zur Kenntnis? Gemessen am neuen strategischen Konzept des Paktes lautet die Antwort: Nein. Dem Irrationalismus der absteigenden Gesellschaftsordnung entspricht der Realitätsverlust ihrer politischen Führungen. Sie setzen auf das, was im Englischen »Brinkmanship« genannt wird: eine Politik des äußersten Risikos. Statt 40.000 Soldaten in Bereitschaft für den Krieg gegen Russland zukünftig mehr als 300.000. Dazu kommen neue atomare Waffen sowie – in der Abschlusserklärung des Gipfels nicht erwähnt – die für das kommende Jahr geplante Stationierung neuer US-Hyperschallwaffen in der Bundesrepublik. Die FAZ nennt das treffend »NATOisierung Europas«. Gemeint ist: Der Wille der USA, Europa zum atomaren Schlachtfeld zu machen, ist ungebrochen. Das gilt ebenso für die Bereitschaft der Bundesregierung, das nicht nur zuzulassen, sondern dabei auch noch »Führungsmacht« zu sein.

Bei der Ausdehnung des »Nordatlantik«-Paktes in den Indischen und Pazifischen Ozean, d. h. dem Aufmarsch gegen China, geht es allerdings nicht so schnell voran

wie geplant. Auch das machen die Länder des Südens nicht mit. Dort weiß man, wer und was Imperialismus ist. Nun soll zuerst Russland im indirekten Abnutzungskrieg geschwächt und ruiniert werden – eine direkte Konfrontation jederzeit inbegriffen. Die Unterbrechung des Transits nach Kaliningrad durch Litauen auf »Anregung und Vorgabe aus Washington« (so die Sprecherin des russischen Außenministeriums) liefert einen Vorgeschmack. Zündeln heißt die Devise der USA und ihrer regierenden Agenten in Osteuropa. Das wird im Fall Kaliningrad sogar der EU zu riskant. Der Gipfel von Madrid besagt: Es soll noch heißer werden.

**.) Tschechien wird EU-Ratspräsident - und startet als Atom-Troublemaker :**

[Überzeugen wir gemeinsam die Abgeordneten im EU-Parlament, Atomkraft in der Taxonomie abzulehnen! Verschiedene Textvorschläge und die E-Mailadressen stehen hier zur Verfügung.](#)

EU-rechtliche Prüfung der staatlichen Beihilfen für AKW-Bau in Tschechien nun offiziell angekündigt!

»Die beginnende tschechische EU-Ratspräsidentschaft startet mit hausgemachten Atomproblemen: Die EU-Kommission kündigte heute an, das staatliche Beihilfenmodell zum geplanten Bau neuer Reaktoren in Tschechien eingehend auf Rechtmäßigkeit prüfen zu lassen. Gleichzeitig versucht der teilstaatliche Betreiber CEZ fieberhaft, aus der Abhängigkeitsfalle von russischem Brennstoff für bestehende Anlagen zu entkommen. Atomstaatliche Unannehmlichkeiten, die ihre Schatten voraus werfen«, stellen Gabriele Schweiger und Roland Egger von atomstopp\_oberoesterreich zum Auftakt der tschechischen Ratspräsidentschaft fest.

»Das AKW Temelin, gebaut auf russischer Technologie und mehr oder weniger erfolgreich mit US-Komponenten fertiggestellt, hatte von Beginn an vor allem gravierende Probleme mit dem Brennstoffmaterial der US-Firma Westinghouse. Diese Umrüstung scheiterte, weil es zu unbeherrschbaren Deformierungen der Brennstäbe kam. Nach nur wenigen Jahren musste deshalb wieder auf russischen Brennstoff zurückgegriffen werden - eine Abhängigkeit, die aktuell besonders unangenehm zum Tragen kommt. Warum es allerdings diesmal funktionieren sollte, bleibt unklar. Sicher ist hingegen: Hier wird eine Abhängigkeit wohl nun nur gegen andere ausgetauscht - und beide Optionen, sowohl Westinghouse als auch Edf/Framaton kämpfen seit Jahren mit bedeutenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten«, betonen Schweiger und Egger.

»Wir begrüßen jede wirtschaftliche Beurteilung von Ausbauplänen für AKK und hoffen, dass diese zur strengen Routine wird! Es kann einfach nicht weiter durchgehen, dass diese Form der Stromerzeugung, die schon bisher ausschließlich durch ökonomisches Tricksen so groß werden konnte, auch im 3. Jahrtausend noch weiterbestehen kann. Gleichzeitig erinnern wir jedoch daran, dass schon kommende

Woche ein endgültiges Aus für Atomkraft in Europa eingeleitet werden kann - dann nämlich, wenn die Abgeordneten im EU-Parlament mehrheitlich gegen die Aufnahme von Atomstrom in die Taxonomie-Verordnung stimmen!«, regen Schweiger und Egger abschließend an.

**.) Hitzewelle in Japan lässt Rufe nach Atomkraft lauter werden :**

<https://sumikai.com/nachrichten-aus-japan/hitzewelle-in-japan-laesst-rufe-nach-atomkraft-lauter-werden-310653/> -

Japans Stromversorgung ächzt unter der Hitzewelle, sodass die Rufe nach einer verstärkten Nutzung von Atomenergie immer lauter werden. In Großraum Tokyo brachte die Hitzewelle, die schlimmste in einem Juni seit 1875, Temperaturen von über 40 Grad. Laut der JMA werden die Temperaturen in Tokyo selbst erst am 5. Juli wieder auf rund 30 Grad sinken. Die Rufe nach alternativen Energiequellen wird lauter, darunter auch Rufe, nach Atomkraft. Eine Reaktivierung der Atomkraftwerke wird gefordert. Auch andere Stromversorger in Japan sehen sich dieser Forderung ausgesetzt. Allerdings ist eine Reaktivierung gar nicht so einfach, denn nach der Katastrophe in Fukushima hat die Atomaufsichtsbehörde die Sicherheitsmaßnahmen verschärft und bereits den Neustart einiger Kraftwerke untersagt.

**.) Steigende Energiekosten: SAGA erhöht Vorauszahlungen bei Tausenden Mietern :**

<https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Steigende-Energiekosten-SAGA-erhoeht-Vorauszahlungen-bei-Tausenden-Mietern,saga208.html> - Auf Hunderttausende

Mieterinnen und Mieter in Hamburg kommen höhere Energiekosten zu. Als eine der ersten setzt die städtische Wohnungsbaugesellschaft SAGA die Vorauszahlungen ab August hoch - und zwar für ein knappes Drittel ihrer rund 137.000 Wohnungen.

Die SAGA ist mit einer durchschnittlichen Kaltmiete von 6,90 Euro pro Quadratmeter ein günstiger Vermieter. Das gilt auch für die Heizkosten. Doch da kommt es nun dicke: Die SAGA setzt die monatlichen Vorauszahlungen um 50 Cent bis 1 Euro pro Quadratmeter hoch. Bei einer 60 Quadratmeter großen Wohnung sind das 30 bis 60 Euro monatlich.

**.) Gaspreis deckeln :** <https://www.jungewelt.de/artikel/429536.wohnungspolitik-gaspreis-deckeln.html> - Er geht in die Offensive, der Deutsche Mieterbund (DMB).

Mittels eines »Neun-Punkte-Plans für mehr Rechtssicherheit und Entlastung der Mieterinnen und Mieter«. Eine Art Sofortprogramm, den die Organisation am Donnerstag vorstellte. Der Grund: hohe Preissprünge bei Heizkosten, die nach der kürzlichen Ausrufung der »Alarmstufe des Gasnotfallplans« durch das



Bundeskabinett zu erwarten sind. Von Wohnungsverlust bedroht seien zuvorderst mietzahlende Privathaushalte der untersten Einkommensklassen, die oftmals keine Sozialtransfers beziehen, so der DMB.

**.) Solare Autonomie durch Vertrauen auf die eigene Kraft :**

[https://sfv.de/media/4453/download/Solarbrief\\_02\\_2022\\_online.pdf?v=2](https://sfv.de/media/4453/download/Solarbrief_02_2022_online.pdf?v=2)

**.) Ukraine flutet Europa mit Atomstrom - ? ? ? :**

<https://atomstopp.at/pressemeldung.php?id=886> -

Kommissionspräsidentin Von der Leyen hat das unmoralische Angebot angenommen, erhebliche Strommengen werden seit heute Nacht über Rumänien ins europäische Netz geschleust. Der Großteil dieses ukrainischen Stroms stammt aus Atomkraftwerken, alle samt russischer Bauart.

»Dass nun ukrainischer Atomstrom die Energieversorgung Europas flutet, ist eine zynische Spiegelung der Geschichte. War es 1986 die radioaktive Strahlung aus der damaligen Sowjetrepublik, die den Anfang vom Niedergang der Atomkraft eingeläutet hat, so könnte es heute der überaus riskanten Laufzeitverlängerung alter Atomreaktoren gefährlichen Vorschub leisten. Angesichts dieser eröffneten Schleusen stellt sich vor allem die Frage: Wann wirft Deutschland das Bekenntnis zum Atomausstieg über den Haufen? Seit Wochen stichelt die oppositionelle CDU/CSU bereits in diese Richtung. AKW-Betreiber hatten sich zwar in ersten Reaktionen abwinkend gezeigt, relativieren aber mittlerweile - wohl, weil sie lukrative Chancen wittern«, geben Gabriele Schweiger und Roland Egger von atomstopp\_oberoesterreich zu bedenken.

»Atomstrom für Waffen? Es war ein in jeder Hinsicht unmoralisches Angebot, das der ukrainische Präsident Selenskyj der EU gemacht hat. Für die europäische Energiezukunft verheißt die Flutung europäischer Netze mit unflexiblem Atomstrom nichts Gutes. Das ist Game Changing der üblen Sorte! Den eingeschlagenen Weg in Richtung 100% erneuerbare Energieversorgung zu verlassen, wäre ein fataler Irrtum. Die deutsche Bundesregierung ist dringend aufgefordert, sich nicht aus kurzfristigem Denken einer Reflexhandlung hinzugeben, neuen Abhängigkeiten Tür und Tor zu öffnen und darüber hinaus die Energiewende um Jahrzehnte zurückzuwerfen«, so Schweiger und Egger abschließend.

**.) Politische Gefangene aus der Türkei beendet erfolgreich Hungerstreik :**

<https://www.unsere-zeit.de/hungerstreik-erfolgreich-beendet-170385/> -

Die politische Gefangene Özgül Emre hat am Mittwoch ihren seit dem 17. Mai andauernden Hungerstreik beendet. Zu Wochenbeginn war die 40jährige aufgrund ihres schlechten Gesundheitszustandes aus der rheinland-pfälzischen JVA Rohrbach ins Justizvollzugskrankenhaus Wittlich verlegt worden. Die JVA-Leitung hatte ihr nach Angaben von Unterstützern, die zunächst vor der JVA und dann vor dem Krankenhaus eine Dauermahnwache veranstalteten, zuvor über längere Zeit die während eines Hungerstreiks lebensnotwendige Einnahme von Salz und Zucker verweigert.

Emre, die in den 1990er Jahren als Journalistin für die linke Zeitschrift Kurtulus (Befreiung) in der Türkei gearbeitet hatte und später im deutschen Exil lebte, war aufgrund eines Haftbefehls der Bundesanwaltschaft am 16. Mai in Heidelberg festgenommen worden.

Ihr sowie den beiden Aktivisten Ihsan Cibelik und Serkan Küpeli, die ebenfalls in Untersuchungshaft genommen wurden, werden »Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland« nach dem Strafgesetzbuchparagrafen 129 b vorgeworfen. Sie sollen der in der BRD verbotenen Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) aus der Türkei angehören, Emre soll die Deutschlandverantwortliche der antiimperialistischen Organisation gewesen sein. Ihren Hungerstreik begann Emre, nachdem ihr die JVA-Leitung befohlen hatte, Anstaltskleidung zu tragen. Anstelle der Gefängnisuniform fordert sie ihre eigene Kleidung. Tatsächlich sieht das Justizvollzugsgesetz von Rheinland-Pfalz gar keine einheitliche Anstaltskleidung für Untersuchungsgefangene vor, wie Emres Rechtsanwalt Yener Sözen am Dienstag gegenüber jW bestätigte. Der Jurist hält daher die Anordnung von Anstaltskleidung für willkürlich und fordert, dass seine Mandantin ihre private Kleidung ausgehändigt bekommt. Dagegen hatte die Anstaltsleitung Sicherheitsbedenken geltend gemacht und gemutmaßt, es könnten Waffen oder geheime Botschaften in der Kleidung transportiert werden. Inzwischen habe die JVA-Leitung ihn darüber informiert, dass zivile Kleidung für Emre in das Justizvollzugskrankenhaus unterwegs sei, berichtete Sözen am Dienstag. Damit ist Emres Forderung erfüllt, so dass sie ihren Protest nach Angaben ihrer Unterstützer am Mittwoch abbrach.

Warum der Widerstand gegen Anstaltskleidung für politische Gefangene so eine große Rolle spielt, dass sie dafür bereit sind, ihre Gesundheit aufs Leben zu setzen, begründete Sibel Teke (Name auf Wunsch geändert) am Dienstag gegenüber jW. »Das Verhältnis zwischen Revolutionären und den Behörden kapitalistischer Staaten ist ein Antagonismus«, so die ehemalige politische Gefangene, die selbst einmal im Gefängnis in einem anderen europäischen Staat mit einem Hungerstreik ihr Recht auf eigene Kleidung durchgesetzt hatte.

»Mit der Anstaltskleidung soll uns unsere politische Identität genommen und unser Wille gebrochen werden. Es ist eine Aufforderung zur Unterwerfung unter den

politischen Gegner, der wir nicht nachkommen.« Für politische Gefangene gehe es darum, vom ersten Moment der Gefangenschaft an überall dort Widerstand zu leisten, wo es unter diesen Bedingungen möglich sei. In Isolationshaft bliebe dafür vor allem das Mittel des Hungerstreiks.

In der Türkei haben Hungerstreiks gegen Anstaltskleidung lange Tradition. Schon unter der Militärdiktatur 1984 fand im Gefängnis in Metris über mehrere Monate eine solche Protestaktion statt. Der Zwang zum Tragen von Anstaltskleidung wurde zu einem hohen Preis abgewehrt: Die Gefangenen Abdullah Meral, Fatih Öktülmüs, Haydar Basbag und Hasan Telci starben damals im Hungerstreik.

**Soviel zum Thema Türkei, die sich als barmherziger Vermittler für die Ukraine zeigt.**

.) **ANRUF - Justice for Kurds** : <https://justiceforkurds.info/DE/letter/>

**Kampagne der Internationalen Initiative: Gerechtigkeit für die Kurden**

**DRINGENDER AUFRUF ZUR STREICHUNG DER PKK VON DER EU-TERRORLISTE**

Im Interesse des Friedens, der Demokratie und der Menschenrechte fordern wir den Rat der Europäischen Union auf, die PKK von der EU-Terrorliste zu streichen.

.) **Fotoreihe: 30.06.22 Frieden beginnt hier! Auftaktveranstaltung Tribunal auf dem Rathausmarkt**: <https://asb.nadir.org/fotoarchiv/neu/20220630/album/index.html>

.) **Geschichte Atomland Brasilien hier Uranabbau / Atomtransporte Brasilien /**

**Kanada / BRD Gronau Lingen und zurück** : [https://www.kooperation-](https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/politik-wirtschaft/grossprojekte/widerstand-gegen-uranabbau-in-nordostbrasilien#:~:text=Bislang%20verarbeitet%20Brasilien%20pro%20Jahr,durch%20die%20kanadische%20Firma%20Cameco.)

[brasilien.org/de/themen/politik-wirtschaft/grossprojekte/widerstand-gegen-uranabbau-in-nordostbrasilien#:~:text=Bislang%20verarbeitet%20Brasilien%20pro%20Jahr,durch%20die%20kanadische%20Firma%20Cameco.](https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/politik-wirtschaft/grossprojekte/widerstand-gegen-uranabbau-in-nordostbrasilien#:~:text=Bislang%20verarbeitet%20Brasilien%20pro%20Jahr,durch%20die%20kanadische%20Firma%20Cameco.) -

**2012 Brasilien/Kanada/BRD/Gronau/Atomtransporte:** Bislang verarbeitet Brasilien pro Jahr die 400 Tonnen Uran aus der Mine Lagoa Real/Caetité im Bundesstaat Bahia zu so genanntem "Gelbkuchen" ("yellowcake") und verschifft diesen nach Kanada zur Weiterverarbeitung zu Uranhexafluorid (UF<sub>6</sub>) durch die kanadische Firma Cameco. Das UF<sub>6</sub> wird von dort zur Anreicherung und Verarbeitung zu gasförmigem Urandioxid (UO<sub>2</sub>) nach Europa zur britisch-niederländisch-deutschen Urenco, unter anderem in die westfälische Stadt Gronau zur dortigen Urananreicherungsanlage, geschickt. Die Brennstäbe für die brasilianischen Atomkraftwerke werden unter anderem auch in der Brennelementefabrik im niedersächsischen Lingen gefertigt, bevor sie über Atomtransporte dann wieder in Brasilien landen. In den beiden Atomreaktoren im Atomkomplex Almirante Álvaro Alberto in Angra dos Reis im

Bundestaat Rio de Janeiro werden sie zur Stromgewinnung eingesetzt.

**.) Der Ausstieg aus dem Ausstieg - eine entschädigungsrechtliche Fragestellung? :**

<https://rsw.beck.de/aktuell/daily/magazin/detail/der-ausstieg-aus-dem-ausstieg> -

Der Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger führt im politischen Raum zu Diskussionen über eine weitere Nutzung der Kernenergie. Dieser „Ausstieg aus dem Ausstieg“ wirft grundlegende verfassungsrechtliche – sowie zusätzlich entschädigungsrechtliche – Fragestellungen auf.

**.) Aktuelle Umfrage ZDF - 60 Prozent für die NATO - 57 Prozent für den Weiterbetrieb der drei AKW :**

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/politbarometer-ukraine-kriegsende-nato-100.html?slide=FAQ3>

**.) Abstimmung im Bundestag über Laufzeitverlängerungen :**

<https://www.tagesschau.de/inland/akw-laufzeiten-101.html> - Die Unionsfraktion will im Bundestag eine namentliche Abstimmung über AKW Laufzeitverlängerungen durchführen. Die AfD plant, diesbezüglich einen eigenen Antrag zu stellen.

**.) Gutachten zu Würgassen - Bereitstellungslager nicht notwendig :**

[https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig\\_harz\\_goettingen/Atomuell-Bereitstellungslager-Wuergassen-nicht-notwendig,wuergassen134.html](https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig_harz_goettingen/Atomuell-Bereitstellungslager-Wuergassen-nicht-notwendig,wuergassen134.html)

**.) Kujat - EX-General - in ntv - EU eskaliert in Kaliningrad :**

<https://www.youtube.com/watch?v=RvoG4TfGMU>

Nele Balgo spricht mit General a.D. Harald Kujat. Der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr sieht die militärische Lage der Ukraine kritisch.

**.) Das Bundesfamilienministerium finanziert ein Überwachungs- und Diffamierungsportal gegen kritische Medien :**

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=85379> -

Der Vorgang ist ein medienpolitischer Skandal, der seinesgleichen sucht und an die Wurzel unseres bisherigen Verständnisses von Demokratie und Pressefreiheit geht. Das Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) und die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) finanzieren mit sechsstelligen Beträgen ein Projekt der Grünen-nahen Stiftung „Zentrum liberale Moderne“ (LibMod) mit dem bezeichnenden Titel „Gegner-Analyse“. Ziel des Projektes ist es laut Darstellung der Stiftung, „systemoppositionelle“ Medien zu überwachen und zu analysieren.  
*Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.*

**.) Brennstäbe für Kasachstan : In Kamenogorsk Kasachstan gibt eine joint venture Fabrik mit China, die Brennstäbe sind für chinesische AKW bestimmt:**

<https://astanatimes.com/2021/11/kazakhstan-launches-fuel-production-for-nuclear-power-plants-fosters-partnership-with-chinese-general-nuclear-power-corporation/>  
**und**

<https://www.nucnet.org/news/nuclear-fuel-assembly-manufacturing-plant-opens-in-joint-venture-with-china-11-2-2021>

Diese Exporte sind wahrscheinlich nicht von den Sanktionen gegen Russland beeinträchtigt.

Überhaupt ist die Sanktionsliste für Nuklearexporte aus Russland in andere Länder sehr durchlässig.

Rosatom will ab September in Ungarn AKW Paks weiter bauen <https://www.balatonzeitung.info/35505/bauarbeiten-am-kernkraftwerk-paks-beginnen-voraussichtlich-im-september/>

**.) NATO-Norderweiterung macht Europa nicht sicherer, aber Erdogan stärker :**

<https://www.pressenza.com/de/2022/06/nato-norderweiterung-macht-europa-nicht-sicherer-aber-erdogan-staerker/> -

**.) Madrid: 30.000 laut und bunt gegen den NATO-Gipfel :**

<https://www.pressenza.com/de/2022/06/madrid-30-000-laut-und-bunt-gegen-den-nato-gipfel/>

**.) Demo in Berlin: Tausende demonstrieren gegen Militärausgaben der Bundesregierung :** <https://www.fr.de/politik/ukraine-krieg-berlin-demo->

[demonstrieren-gegen-militaerausgaben-bundeswehr-bundesregierung-zr-91644565.html](https://www.rnd.de/politik/zehn-nachrichten-aus-einer-neuen-nuklearen-welt-YIJVLAQ455F7FAD33GN6C5J2AU.html)

.) **Atomausstieg? Nein, danke! - RND** : <https://www.rnd.de/politik/zehn-nachrichten-aus-einer-neuen-nuklearen-welt-YIJVLAQ455F7FAD33GN6C5J2AU.html>

- Deutschland will von Atomkraft nichts mehr wissen – doch auf diesem Feld dreht sich gerade sehr viel. Immer mehr EU-Staaten planen neue Atomkraftwerke. Ägypten, die Türkei, sogar die ölreichen Emirate treiben die Kernkraft voran. China plant 150 neue Reaktoren. Und in Kalifornien kämpfen Klimaschützer dafür, ein altes AKW länger laufen zu lassen. Aus Berlin kam an diesem Wochenende ein Krisenzeichen ganz eigener Art: Die Bundesregierung rät den Unternehmen in Deutschland inzwischen zur Anschaffung von Notstromaggregaten.

.) **neue und alles Bisherige übertreffende Ungeheuerlichkeit aus dem "grünen"**

**Wirtschaftsministerium:** eine neue Ungeheuerlichkeit aus dem "grünen" Wirtschaftsministerium ist soeben bekannt geworden: Die an sich schon widersinnige Bestimmung, dass Solaranlagen vom Netzbetreiber auf 70% ihres Leistungsvermögens abgeregelt werden können (ich denke: wir haben Strommangel, und Strom wird dadurch immer teurer, doch bei den Erneuerbaren Energien wird das Einspeisepotential begrenzt, statt erhöht - warum das? - drei mal dürft ihr raten...) soll jetzt auch auf Steckermodul-Geräte ("Balkonkraftwerke") ausgeweitet werden. Da deren Einspeisungen ins Netz minimal sind (denn der von ihnen erzeugte Strom wird sogleich in der Wohnung und allenfalls vom nächsten Nachbar verbraucht) und ohnehin nicht vergütet werden, sollen diese künftig Strafe zahlen, die pro Jahr 90 Euro betragen kann. Diese Bestimmung war im "Osterpaket" noch nicht enthalten gewesen, findet sich jetzt aber im aktuellen Referentenentwurf der EEG-Novellierung und wird bereits in den Ausschüssen beraten. Die Details entnehmt bitte dem Artikel

**"Wie bitte? EEG-Entwurf 2022 verhindert 2 Gigawatt PV-Kraftwerke"**

<https://www.njuuz.de/beitrag74617.html> und den Mini-Solar-News

[https://mailchi.mp/machdeinenstrom.de/mini-solar-news\\_27062022](https://mailchi.mp/machdeinenstrom.de/mini-solar-news_27062022) .

Wer es bisher noch nicht glauben konnte, muss nun an seinem Weltbild vermutlich etwas ändern: **Die Führung der Grünen arbeitet gegen die Energiewende und insbesondere gegen die Bürgerbeteiligung an der Energiewende, gegen die "Bürgerenergie"**. Vor der Wahl hatten die Grünen riesige Zoom-Veranstaltungen organisiert, z.B. mit dem damaligen EU-Abgeordneten und heutigen Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Sven Giegold, in denen sie heilig versprochen, im Fall der

Regierungsbeteiligung gerade die Bürgerenergie von ihren bisherigen Fesseln zu befreien. Nun befreien sie sie nicht nur nicht von den bestehenden, sondern fügen neue Restriktionen hinzu.

Möglicherweise versuchen sie, eine alte Taktik herrschender Schichten, wie man sie etwa aus Tarifikämpfen kennt, anzuwenden: Eine ungeheuerliche Verschlechterung wird in die Diskussion geworfen, ruft heftige Gegenreaktionen hervor. Diesen gelingt es dann auch, die Verschlechterung abzuwehren. Die untergeordnete Schicht feiert das dann als großen Erfolg und vergisst darüber ihre eigenen ursprünglichen Forderungen, die sie voran gebracht hätten. Die Herrschenden freuen sich über die Dummheit der Untergebenen.

Wir - also diejenigen, die die Energiewende und insbesondere die Bürgerenergie wollen - sollten diesem Muster nicht entsprechen. Den frech-dreisten Verschlechterungsversuch aus dem Wirtschaftsministerium sollten wir zurückweisen und als Manöver kennzeichnen, mit dem von unseren voran führenden Forderungen nach Energy Sharing und gemeinsamer Eigenversorgung abgelenkt werden soll.

Wir sollten an das vor der Wahl gegebene Versprechen, die Bürokratie abzubauen, erinnern und dessen Realisierung entsprechend der Stellungnahme (vom März) des Runden Tisches Erneuerbare Energie (RTEE) zum "Osterpaket" fordern:

*"Es gibt nur noch eine Option: Sämtliche Schleusen für die erneuerbaren Energien müssen geöffnet werden. Die Bürokratie muss weg. Die Bevölkerung ist aufzurufen, völlig autonom zu handeln: Nicht anders als wenn man sich eine Heizung oder eine Waschmaschine kauft, sollen Solarmodule, Batterien, Laderegler und Wechselrichter angeschafft werden können. Alle, die es irgend ermöglichen können, sollen allein, zusammen mit Nachbarn, als Mietergemeinschaft, wie auch immer, Strom erzeugen. Wir benötigen jede erneuerbare Kilowattstunde, denn wir befinden uns in einer Notlage. Wie der Krankenwagen auf dem Weg zum Notfall das Blaulicht einschaltet und dann an keinerlei Verkehrsregeln mehr gebunden ist, muss der Solarausbau durch die Bevölkerung völlig freie Bahn erhalten."*

In der grünen Partei - und natürlich bei allen, die an sie geglaubt haben - müsste m.E. nun ein noch nie dagewesener Proteststurm losgehen, vielleicht eine Austrittsbewegung, vielleicht eine Neugründung. - Zu krass ist der Unterschied zwischen den Ankündigungen von vor der Wahl und den Taten, die jetzt erfolgen. Die Situation erinnert an die Entstehung der USPD 1917.

**.) Fotoreihe: 02.07.2022 Sofortige Freilassung von Julian Assange! Demo zum Britischen Konsulat** : <https://asb.nadir.org/fotoarchiv/neu/20220703/album/index.html>

**.) Proteste gegen Kreuzfahrt-Tourismus im Kieler Hafen :**

<https://www.ardmediathek.de/video/Y3JpZDovL25kci5kZS9iZDY5ODZlOC05MjM3LT-RhYjEtYWY1NS1jYjQ5MjFkMjI2MTk> - Mehrere Menschen haben versucht, Kreuzfahrtschiffe am Auslaufen zu hindern. Damit wollten sie auf Umweltschäden aufmerksam machen.

**.) Gutachten zum geplanten Bereitstellungslager für Schacht Konrad in Würgassen :**

<https://s89c4748b0950d248.jimcontent.com/download/version/0/module/6315296866/name/PM%202022-06-30.pdf> und [https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig\\_harz\\_goettingen/Ato-mmuell-Bereitstellungslager-Wuergassen-nicht-notwendig,wuergassen134.html](https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig_harz_goettingen/Ato-mmuell-Bereitstellungslager-Wuergassen-nicht-notwendig,wuergassen134.html)

**.) Die andere »Zeitenwende« :**

<https://www.jungewelt.de/artikel/429676.antimilitarismus-die-andere-zeitenwende.html> und <https://www.jungewelt.de/artikel/429666.antimilitarismus-banken-m%C3%BCssen-r%C3%BCstungskonzerne-austrocknen.html> - Berlin: Tausende demonstrieren gegen Hochrüstung. 100 Milliarden für Soziales, Bildung und Klimaschutz gefordert.

**.) Inflation: Wunschlisten auf dem Tisch :** [https://www.nd-](https://www.nd-aktuell.de/artikel/1165020.inflation-wunschlisten-auf-dem-tisch.html)

[aktuell.de/artikel/1165020.inflation-wunschlisten-auf-dem-tisch.html](https://www.nd-aktuell.de/artikel/1165020.inflation-wunschlisten-auf-dem-tisch.html) - Bereits vor Beginn seiner »Konzertierten Aktion« brachte Scholz die Sozialpartner gegen sich auf.

**.) Antikriegsdemo: Aufbruch in der Friedensbewegung :** [https://www.nd-](https://www.nd-aktuell.de/artikel/1165017.antikriegsdemo-aufbruch-in-der-friedensbewegung.html)

[aktuell.de/artikel/1165017.antikriegsdemo-aufbruch-in-der-friedensbewegung.html](https://www.nd-aktuell.de/artikel/1165017.antikriegsdemo-aufbruch-in-der-friedensbewegung.html) - Aktivist\*innen demonstrieren in Berlin gegen das Aufrüstungsprogramm für die Bundeswehr.

**.) Rosatom Bericht (27.05.2022) von Ecodefense über die BI Lüchow-Dannenberg:**

<https://www.bi-luechow-dannenberg.de/2022/05/27/shunning-rosatom/>  
Heute (27.5.2022) stellte die russische Umweltgruppe Ecodefense ihren neuen



Bericht „Shunning Rosatom“ („Rosatom vermeiden“) vor. Der Bericht befasst sich mit den Auswirkungen der weltweiten Sanktionen, die seit dem Beginn der russischen Invasion in der Ukraine eingeführt wurden: Wer hat die Zusammenarbeit mit der russischen Atomindustrie eingestellt und wer nicht, wie groß ist die Abhängigkeit der Europäischen Union von russischen Kernbrennstofflieferungen und welche Folgen sind von den weltweiten Sanktionen zu erwarten.

Obwohl es sich bei dem russischen Atomriesen Rosatom um ein staatliches Unternehmen handelt, ist er im Gegensatz zu zahlreichen russischen Unternehmen unter staatlicher oder privater Kontrolle nicht direkt von den Sanktionen betroffen, die nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24. Februar verhängt wurden. In Europa und den USA wurden jedoch Forderungen laut, die Beziehungen zur russischen Atomindustrie zu kappen, und bestimmte Unternehmungen von Rosatom außerhalb der Grenzen Russlands haben seit Beginn des Krieges gelitten. Genau wie die Milliarden, die Russland immer noch aus dem Verkauf von Gas, Öl und Kohle ins Ausland erhält, trägt das Geld, das Rosatom – ein Konglomerat von rund 350 Unternehmen, die sowohl kommerzielle Kernenergieprodukte und -dienstleistungen anbieten als auch die Produktion von Atomwaffen in Russland beaufsichtigen – verdient, letztendlich zur Finanzierung der russischen Kriegsmaschinerie bei. Und genau wie die Sanktionen, die der Westen gegen russische Gas-, Öl- und Kohleimporte verhängt hat und auszuweiten gedenkt, könnte es helfen, die brutale und provozierte Aggression Moskaus zu stoppen, wenn man die russische Atomindustrie daran hindert, weiterhin Geld in Europa zu verdienen – selbst wenn der Kreml weiterhin Bomben und Terror auf ein europäisches Land regnen lässt und der Welt mit nuklearer Vernichtung droht, so der Bericht.

**.) Der Traum vom Fliegen? Urlaubschaos, Klimakrise, Pandemie - höher, schneller, weiter durch Betrug und auf Kosten von Menschen wie Natur :**

<https://www.labournet.de/internationales/der-traum-vom-fliegen-urlaubschaos-klimakrise-pandemie-hoehere-schneller-weiter-durch-betrug-und-auf-kosten-von-menschen-wie-natur/>

**.) EU-Kommissar Breton fordert Laufzeitverlängerung für deutsche Atommeiler :**

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/kern-energie-eu-kommissar-thierry-breton-mahnt-laufzeitverlaengerung-fuer-deutsche-akws-an-a-99fa36fc-1107-4ede-bcea-7d7b8b09a9d7>

**.) Forscher: Energie-Versorgungssicherheit braucht keine Atomkraft :**

<https://www.heise.de/news/Forscher-Energie-Versorgungssicherheit-braucht-keine->

[Atomkraft-7161920.html](http://Atomkraft-7161920.html) - Zu teuer, zu unsicher, zu schädlich: Im Vergleich zu Erneuerbaren Energien schneiden Atomkraftwerke in Studien für Deutschland und die Schweiz schlecht ab.

**.) Alle Wege führen nach Moskau : [Konzertierte Aktion“ gegen Inflation: Dreifacher Schock – taz.de](https://www.taz.de/1/Alle-Wege-fuehren-nach-Moskau-Konzertierte-Aktion-gegen-Inflation-Dreifacher-Schock)** - Das linksautonome Zentrum »Rote Flora« ist dem Senator persönlich ein Dorn im Auge - Nicht weniger als eine »Zeitenwende« sei es für den Geheimdienst: Seit Beginn des Ukraine-Kriegs ist Hamburgs Landesamt für Verfassungsschutz verstärkt als Beratungsstelle in Sachen Onlinespionageabwehr gefragt. Das zumindest behauptete Innensenator Andy Grote (SPD) am Montag bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts für 2021, wie der *NDR* berichtete. Auch in der Hansestadt mache sich die von Russland ausgehende »hybride Bedrohung« bemerkbar, meinte Grote. Dem Sender zufolge nannte der Senator jedoch keine konkreten Zahlen zu Computerattacken auf Hamburger Unternehmen oder Einrichtungen.

**.) Erziehung in Russland:** Gewalt von Kindesbeinen an Die Gräueltaten von Russlands Armee entsetzen auch manche russische Bürger\*innen. Doch Gewalt ist tief in Russlands Gesellschaft verankert.

Wer sich nicht wehrt, ist selber schuld: Spielende Jungs in Kaliningrad Foto: Bastian/Caro/fotofinder.

MOSKAU *taz* | Szenen von einem Spielplatz irgendwo im Zentrum Moskaus. Die Kinder rennen umher, die Kinder lachen, die Kinder versuchen sich an Klettergerüsten. „Komm da runter, habe ich dir gesagt, du Nichtsnutz!“, schreit eine Mutter ihren Sohn an. „Hör sofort auf zu brüllen, sonst kommt der Polizist und holt dich, du Drecksau“, sagt ein Vater zu seiner Dreijährigen, die sich auf den Standpunkt stellt, den Spielplatz nicht verlassen zu wollen und das mit lautem Weinen bekundet. Plötzlich rennt eine Mutter hinter einem Jungen her, wirft ihn zu Boden, stellt sich über ihn, hebt den Finger und ereifert sich: „Du machst das nicht noch mal, du Dummkopf. Du hast mein Kind angerempelt.“ Lediglich zwei Erwachsene erheben ihre Stimme für den Jungen am Boden. Die anderen schauen weg, manche feuern die Frau sogar an: „Wenn man den Gören alles erlaubt und alles durchgehen lässt, werden sie nie Ruhe geben. Das darf man nicht zulassen.“

Es sind Szenen des russischen Alltags. Szenen, die sinnbildlich sind für eine Gesellschaft, die Gewalt von Kindesbeinen an erfährt und sie ausübt, als banale Realität, die oft gar nicht in Frage gestellt wird. Und wenn doch, so wird das Hinterfragen, wird der Zweifel von der Umgebung meist als Schwäche ausgelegt, als

„Gift aus dem Westen“. Kinder gehörten abgehärtet für das Leben, sagen die Menschen sich und all den anderen.

Abhärtung bedeutet das Hinnehmen von Demütigungen, bedeutet, sich zu fügen und zu gehorchen. Die Angst vor Strafe – das Wort für „Bestrafung“ kennen schon die Kleinsten – ist groß. So lernen bereits Kinder, „gut“ und „brav“ zu sein, bloß nicht aufzufallen. „Querulanten“ sind nicht geschätzt in der russischen Gesellschaft, die auf Hierarchie und Unterordnung aufgebaut ist.

### **Lehrer\*innen demütigen ihre Schüler\*innen**

Die Erfahrung, mit seinen Wünschen und Bedürfnissen nicht wahrgenommen zu werden, oft über Jahrzehnte hinweg, die erlernte Hilflosigkeit, die auch Aggression gebiert, wird über Generationen weitergegeben. Die [Gräueltaten der russischen Armee](#) in der Ukraine, die auch in Russland bei vielen für fassungsloses Entsetzen sorgen, sind Teil der Norm russischer Gewaltapparate. Einer verinnerlichten Gewalt, die sich praktisch durch alle Bereiche des Lebens zieht. Sie äußert sich in Sprache und auch als Tat. Sie ist ein Machtprinzip und bleibt oft unbestraft.

Lehrer\*innen demütigen ihre Schüler\*innen, um zu zeigen, wer der Stärkere ist. Beschweren sich die Eltern, drohen Direktor\*innen mit dem Einschalten der Fürsorge-Organen. Aus Angst ziehen die Eltern meist zurück und beruhigen sich damit, dass es in ihrer Schulzeit nicht anders gewesen sei. Im Umgang der Gesellschaft mit Schwächeren spielt Gewalt eine noch offensichtlichere Rolle. Waisenheime, in denen oft soziale Waisen leben, also Kinder mit noch lebenden Verwandten, sind mehrheitlich am Stadtrand zu finden, hinter Toren, die für Außenstehende – und seien es Schulfreunde dieser Kinder – nicht leicht zu passieren sind.

Das kasernenhafte Leben, in dem „Unartigkeiten“ auch schon einmal mit dem Einweisen in psychiatrische Krankenhäuser bestraft werden, vermittelt bereits Kleinstkindern eine Welt, in der es ums Überleben mit allen Mitteln geht. Und Überleben funktioniert nur durch den Einsatz von Gewalt, davon sind die Menschen überzeugt. „Du musst dich wehren, zuhauen“, bringen viele Eltern im Land ihren Kindern bei.

### **Ein Fünftel russischer Frauen erleben Gewalt durch Partner**

Gewalt wird zur Norm – und zum Tabu. Auch unter Paaren und in Familien. Den Satz „Wenn er schlägt, dann liebt er“ aus einem mittelalterlichen Gesetzbuch und das daraus folgende Verhalten nehmen auch heutzutage viele Russ\*innen als Normalität in einer Beziehung hin. Verlässliche Zahlen zur häuslichen Gewalt gibt es nicht. Laut Umfragen hat mindestens ein Fünftel der russischen Frauen Gewalt durch den Partner erlebt, die Dunkelziffer dürfte weit höher liegen.

Vergewaltigung in der Ehe sehen viele in der Gesellschaft als das Einlösen „ehelicher Pflicht“ an, nicht als Straftat. Ohnehin ist „häusliche Gewalt“ in russischen Gesetzen nicht definiert. Der russische Staat hält dies nicht für notwendig. Es gebe ja viele

andere Gesetze, „ein Gesetz gegen Hooliganismus zum Beispiel“, hatte Russlands Präsident Wladimir Putin 2019 gesagt. Geändert hat sich an der zynischen Haltung seitdem nichts.

Häusliche Gewalt gilt in Russland als Bagatelle und wird mit einem Bußgeld von umgerechnet 50 Euro geahndet. [Als der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Russland vor einigen Jahren dazu aufforderte](#), Frauen besser vor häuslicher Gewalt zu schützen, bezeichnete das russische Justizministerium „das Problem“ als „deutlich übertrieben“ und sah die Forderung der Straßburger Richter als „Diskriminierung von Männern“ an.

### **Justiz und Exekutive haben keinen Umgang**

Diese Aussagen zeigen die grundlegende Haltung des russischen Staates zur Gewalt in Familien. Weil die Gesetzeslage so unklar ist, wissen selbst Polizist\*innen oft nicht, wie sie sich verhalten sollen. Auch Richter\*innen weisen Klagen gegen schlagende Ehemänner, Väter und Partner regelmäßig ab, ein Richter äußerte dabei mal den lapidaren Satz: „Für die Klägerin hat Gewalt Systemcharakter, sie müsste ja dran gewöhnt sein.“

Letztlich ist die gesamte Gesellschaft an Gewalt „gewöhnt“. [Jede Demonstration](#), vor allem, wenn sich die Menschen dabei in ihren Forderungen gegen die Regierung richten, ist von Polizeigewalt durchsetzt. Die brachial auftretenden OMON-Sonderpolizisten prügeln mit ihren Schlagstöcken auch auf Minderjährige ein und schleifen bereits Blutende in die Polizeitransporter. Gerichte verurteilen danach die Demonstrant\*innen, weil sie angeblich Polizisten angegriffen hätten.

In der Armee unterwerfen sich Rekruten älteren Soldaten. Das Russische hat einen Begriff dafür: „Dedowschtschina“. Die sogenannte „Herrschaft der Großväter“ ist ein noch aus der Zarenzeit übriggebliebener Initiationsritus der russischen Streitkräfte und bezeichnet die systematische Misshandlung von Soldaten.

Häufig konfiszieren die Dienstälteren – „Dedy“ genannt, die Großväter – den privaten Besitz der Dienstjüngeren – „Duchi“, Geister. Sie nehmen sich ihre Essensrationen, manchmal auch den Sold. Sie missbrauchen sie als Arbeitsklaven, verleihen sie gegen Geld als Fremdarbeiter an Firmen. Sie prügeln und vergewaltigen.

### **Systematische Folter im Gefängnis**

Die Wehrreform reduzierte die „Dedowschtschina“, weg ist sie dennoch nicht. Der Hackordnung innerhalb der Armee, einem traditionell geschlossenen Raum, halten viele Wehrdienstleistende nicht stand. Manche töten andere, manche sich selbst. Der Kreml bezeichnet solche „Zwischenfälle“ stets als „Privatsache eines Einzelnen“. Die Mechanismen finden sich auch im russischen Gefängniswesen wieder. Gelangen Aufnahmen von systematischer Folter in den Strafkolonien des Landes an die Öffentlichkeit, zucken viele in Russland mit den Schultern. „Ist ja schließlich Knast“, sagen sie dann und wollen sich mit dem Ausmaß der Misstände nicht beschäftigen.

Das konnte man auch bei einem Gefängnissskandal vom Oktober 2021 sehen, als ein ehemaliger Häftling mit Bild- und Videomaterial [zahlreiche Fälle von sexualisierter Gewalt und Folter durch Sicherheitspersonal belegte](#). Einzelne Verantwortliche mussten gehen, grundsätzliche Reformbestrebungen gab es nicht.

Die Traditionen in der „Zone“, wie die Haft in Russland genannt wird, stammen ebenfalls aus der Zarenzeit. Im Stalinismus wurden die Methoden der Entmenschlichung geradezu perfektioniert. Bis heute stützt sich das russische Straflagersystem – streng hierarchisch und militärisch organisiert – auf den Gulag, manche Lager aus dieser Zeit werden immer noch als Strafkolonien genutzt. Es sind geschlossene Systeme, in denen es um Bestrafung, nicht um die Beschäftigung mit dem Verbrechen geht.

In der Ukraine zeigt sich, wie der russische Staat Gewalt fördert und gar rühmt: Jener Infanteriebrigade, der Kiew Kriegsverbrechen und massenhafte Tötungen in der Stadt Butscha vorwirft, verlieh Putin für „Heldentum und Tapferkeit, Entschlossenheit und Mut“ den Ehrentitel einer „Garde“. Die russische Gesellschaft lebt so weiter in der Straflosigkeit der Gewalt, weil ihr Präsident Gewalt zum Prinzip seiner Politik gemacht hat.

**.) Ukraine-Krieg:**

**Russische Soldaten sollen AKW-Mitarbeiter zu Tode gefoltert haben:**

<https://www.berliner-zeitung.de/news/ukraine-vorwuerfe-bericht-russische-soldaten-sollen-akw-mitarbeiter-zu-tode-gefoltert-haben-li.243175>

**.) Die Ukraine ist die neueste Katastrophe amerikanischer Neocons :**

<https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/die-ukraine-ist-die-neueste-katastrophe-amerikanischer-neocons-li.242093> - Die Deutschen wollen es

nicht hören, doch es gehört zur Wahrheit: Die amerikanischen Neocons sind für den Ukraine-Krieg mitverantwortlich.

Der Krieg in der Ukraine ist der Höhepunkt eines 30-jährigen Projekts der amerikanischen neokonservativen Bewegung (Neocons). In der Regierung Biden sitzen dieselben Neokonservativen, die sich für die Kriege der USA in Serbien (1999), Afghanistan (2001), Irak (2003), Syrien (2011) und Libyen (2011) starkgemacht und die den Einmarsch Russlands in die Ukraine erst provoziert haben.